1934 - 1945

Der sozialistische
kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12 November/Dezember 1989 5 Schilling

„Dieser Parteitag hat die SPÖ gestärkt"

Josef Hindels zum 31. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ

„Ich glaube, daß dieser Parteitag die SPÖ gestärkt und uns zu Bewußtsein gebracht hat, wie wichtig für alle die kommenden Wahlen sind", erklärte Genosse Josef Hindels in einer Analyse des 31. ordentlichen Bundesparteitages der SPÖ, die er bei der Herbsttagung der Sozialistischen Freiheitskämpfer am 28. Oktober 1989 in Velm gab. Parteivorsitzender Dr. Franz Vranitzky biete sich als Person ganz einfach dazu an, die Führung in dieser Auseinandersetzung zu haben, sagte Hindels.

Die drei von den Sozialistischen Freiheitskämpfern eingebrachten Anträge (siehe „Kämpfer" Nr. 7/8) wurden von den Delegierten des Parteitages beschlossen. Daneben seien, wie Hindels ausführte, auch Anträge von Bezirks- und Jugendorganisationen mit ebenso klarer antifaschistischer Sprache angenommen worden. Niemand habe auf dem Parteitag die klare Haltung gegenüber der FPÖ auch nur in Frage gestellt, es habe nicht einen einzigen Redner auf dem Parteitag gegeben, der für eine andere Haltung gegenüber der FPÖ eingetreten wäre, als sie von den Sozialistischen Freiheitskämpfern eingenommen werde.

„Ein wirklich kämpferisches Referat"

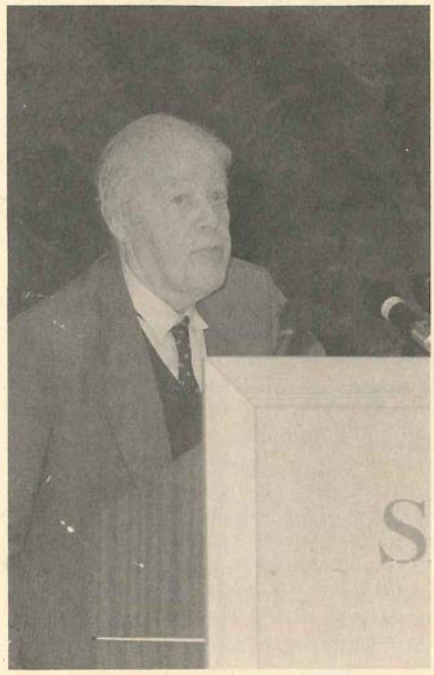
Der 31. ordentliche Bundesparteitag hat der Vorbereitung der kommenden Wahlen gedient, sagte Hindels. Die Stimmung auf diesem Parteitag war vom Anfang bis zum Ende kämpferisch, die Delegierten wußten, daß die Partei vor großen Aufgaben steht. Einen Höhepunkt des Parteitages bildete das Referat des Genossen Vranitzky. Es war kein Referat, das man gleichsetzen könnte mit den Referaten, die Otto Bauer auf Parteitagen gehalten hat. Die tiefgehende theoretische Analyse hat Vranitzky nicht geliefert: „Aber er hat ein wirklich kämpferisches Referat gehalten." Vranitzky habe die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in den Mittelpunkt gestellt und er habe keine Konzessionen gemacht an Auffassungen, wie sie gelegentlich in der Partei vertreten werden, wie etwa, die SPÖ sei gar keine sozialistische Partei mehr. Es war auch keine Rede mehr davon, daß die Forderungen des Parteiprogramms überholt sind. „Es war ein klares Bekenntnis zur Partei und ihrem Programm und die Aufforderung, sich auf eine harte Auseinandersetzung vorzubereiten", sagte Hindels.

In der Frage künftiger Koalitionen habe Vranitzky hinsichtlich der FPÖ mit aller Deutlichkeit gesagt, daß es nichts Gemeinsames mit Haider gibt. Vranitzky habe aber auch keine Liebeserklärung für die ÖVP abgegeben und er habe nicht versichert, daß die große Koalition auf jeden Fall fortgesetzt wird. „Die Partei geht ohne Bindung in den Wahlkampf und konzentriert sich auf ihre eigenen Ideen und Forderungen. Das ist richtig und dem kann jeder, auch wenn er noch so kritisch eingestellt ist, zustimmen", betonte Hindels.

Das Referat des Genossen Vranitzky sei rhetorisch eines seiner besten Referate gewesen, setzte Hindels fort. Man habe den Eindruck, daß Vranitzky mit seinen Aufgaben wächst, obwohl man bemerkt habe, daß er nicht aus der Welt des Austromarxismus kommt. Man merkte aber deutlich sein Bemühen, sich mit der Bewegung zu identifizieren.

„Mit aller Kraft für Umweltschutz"

Der Umweltschutz habe im Referat des Parteivorsitzenden breiten Raum eingenommen, sagte Hindels weiter: „Wir treten mit aller Kraft für den Umweltschutz ein, wir fühlen uns verpflichtet, die Welt vor weiteren Zerstörungen zu bewahren, aber wir sehen darin keinen Gegensatz zu einer Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung. Wir wollen beides, und durch eine richtige sozialistische Wirtschaftspolitik kann man auch beides erreichen."



Genosse Josef Hindels beim 31. Bundesparteitag der SPÖ. (Foto: Haslinger)

Die Entwicklung im Osten

Otto Bauer und Max Adler haben immer darauf hingewiesen, daß der Stalinismus nicht das letzte Wort in der kommunistischen Entwicklung ist und wir als Sozialisten mit Wandlungen rechnen, sagte Hindels, auf den außenpolitischen Teil des Referats des Parteivorsitzenden eingehend. Wesentlich war, daß Vranitzky die Entwicklung im Osten positiv eingeschätzt hat. Vranitzky habe die Meinung vertreten, daß wir mit jenen kommunistischen Kräften, die eine grundsätzliche Wandlung wollen und die vor allem die Demokratisierung der östlichen Gesellschaft anstreben, zusammenarbeiten und ihnen helfen müssen. Vranitzky legte größten Wert auf für Österreich vorteilhafte geschäftliche Beziehungen, er glaube aber auch, daß

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

dort eine tiefgehende Wandlung vor sich geht in Richtung einer weiteren Demokratisierung mit dem Ziel, die diktatorischen Regime zu überwinden.

Kein Sozialismus ohne Demokratie

Alle großen Denker des Austromarxismus haben niemals den Stalinismus als das letzte Wort aufgefaßt, sondern stets darauf gehofft, daß es eine positive demokratische Entwicklung geben wird. „Wir stehen heute erst am Anfang dieser Entwicklung, Rückschläge sind durchaus möglich, aber dennoch glaube ich, daß eine positive Einstellung richtig ist, vor allem wenn man sie im Zusammenhang mit der Erhaltung des Friedens sieht." Letztlich werde sich bestätigen, was Otto Bauer bis zu seinem Tod immer wieder gesagt hat: es kann keinen Sozialismus ohne Demokratie geben. Wenn man im Osten auf die Demokratie verzichtet und einen „despotischen Sozialismus" (Otto Bauer) aufgebaut hat, dann kann es sich nur um etwas Vorübergehendes handeln. Wir können sagen, so Hindels, daß wir das Glück haben, einer Partei anzugehören, deren große Denker vor Jahrzehnten schon eine solche Entwicklung in den Grundzügen vorausgesagt haben.

Kein Ersatz für das Parteiprogramm

Dr. Heinz Fischer habe in seinem Parteitagsreferat klargemacht, daß das Manifest „Sozialdemokratie 2000" kein Ersatz für das 1978 beschlossene Parteiprogramm ist. Fischer habe mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß wir vorläufig keinen Grund haben, das bestehende Parteiprogramm aufzuheben und ein neues Programm zu schaffen. Wir bleiben auch bei der Forderung nach der „klassenlosen Gesellschaft". .Der Umstand, daß dagegen niemand polemisiert hat, sei Ausdruck der kämpferischen Gesinnung des Parteitags, sagte Hindels.

Die Gefahr von rechts

Die Gefahr von rechts ist heute größer denn je, sagte Hindels und betonte, man dürfe die konkreten Gefahren im eigenen Land nicht unterschätzen. Die Gefahr von rechts seien nicht nur kleine neonazistische Gruppen, die längst aufgelöst gehörten. Die Gefahr von rechts sei eine FPÖ, die von Wahl zu Wahl gewinnt, und eine ÖVP, in der es starke rechte Kräfte gibt, die davon träumen, einmal in Österreich wieder den Bundeskanzler stellen zu können, indem sie eine Koalition mit der FPÖ eingehen.

Auch wenn wir die kommenden Wahlen günstig bestehen, werde die Gefahr von rechts nicht von heute auf morgen verschwinden. „Wir müssen also damit rechnen, daß wir uns auch in Zukunft mit dieser Gefahr von rechts auseinandersetzen müssen. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer sind daher notwendiger denn je. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer genießen trotz der Kleinheit ihrer Organisation und des Alters der meisten ihrer Vertreter ein hohes Ansehen in der Partei, und wir werden alles tun müssen, um dieses Ansehen zu erhöhen", schloß Genosse Hindels.

Präsidium des 31. Bundesparteitages der SPÖ in Graz. *(Foto: Haslinger)*

„Kämpfer" im Mittelpunkt

Neben dem politischen Referat von Innenminister Dr. Franz Löschnak (siehe Seite 3) und der Diskussion darüber standen auch organisatorische Fragen sowie Fragen der Opferfürsorge auf der Tagesordnung unserer Herbsttagung in Velm.

Zum Punkt „Organisatorisches" sprach Genosse Otto Skritek. Er hob vor allem unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer" als eine wichtige Verbindung unserer Organisation zu den Mitgliedern hervor. Die Zeitung soll auch an Institutionen und Vereine zu Werbezwekken versendet werden. Genosse Alfred Ströer, der an der Herbsttagung teilnahm und auch herzlich begrüßt wurde, hat seine Unterstützung bei den Gewerkschaften zugesagt. Die Möglichkeit, auch für Nichtmitglieder das Abonnement unserer Zeitung zu gestatten, soll diskutiert werden. Genosse Skritek schlug in diesem Zusammenhang vor, einen Werbeausschuß einzusetzen, der sich mit unserer Zeitung beschäftigen soll.

Kontaktkomitee

Genosse Michael Ludwig teilte mit, daß die Kontaktkomitees Seminare, Ausstellungsbesuche und weitere Aktivitäten planen. Auch soll der Kontakt zu den Mittelschülern gesucht werden. Genosse Ludwig regte an, den „Kämpfer" den Schulsprechern zuzuschicken.

Genosse Faderny schlug in der Diskussion vor, den „Kämpfer" an die sozialistischen Lehrer und Schuldirektoren zu senden.

Hindels-Broschüre ausverkauft

Genosse Skritek teilte mit, daß die Broschüre „Hitler wollte den Krieg" von Josef Hindels praktisch ausverkauft ist, eine zweite Auflage werde überlegt. Genosse Ballek ersuchte in diesem Zusammenhang Genossen Hindels, in einige der Broschüren „Hitler wollte den Krieg" eine Widmung zu schreiben.

Opferfürsorge

Über aktuelle Fragen der Opferfürsorge berichtete Genossin Erna Musik. Sie teilte mit, daß es gelungen ist, über Intervention des Genossen Franz Vranitzky, für die Zigeuner, die ebenfalls Opfer des braunen Faschismus waren, die Amtsbescheinigung zu erringen. Unter dem Beifall der Anwesenden dankte Genossin Musik dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden für seine Unterstützung. Weiters berichtete Genossin Musik, daß die Opferrenten valorisiert werden. Die Frage einer Ehrengabe an die Witwen werde noch diskutiert. Alle Amtsbescheinigungsbesitzer und die Besitzer eines Opferausweises werden ersucht, dies im Sekretariat der Freiheitskämpfer zu melden.

Genosse Eduard Kittl teilte mit, daß eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Der Ungeist von gestern lebt noch immer"

Innenminister Löschnak vor der Herbsttagung der Freiheitskämpfer

„Solange im Innenministerium in der Herrengasse ein sozialistischer Innenminister sitzt und solange am Ballhausplatz ein sozialistischer Bundeskanzler amtiert, werden die Warnungen vor den Gefahren der Neonazis immer auf ein offenes Ohr stoßen." Dies versprach Innenminister Dr. Franz Löschnak in seinem Referat vor der Herbsttagung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer am 28. Oktober 1989 im Schulungsheim der Privatangestellten-Gewerkschaft in Velm.

Genosse Löschnak, der erst eine Woche zuvor vom Bundesparteitag zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der SPÖ gewählt worden war, erinnerte in seinem Referat an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 50 Jahren. Politisch Hellhörige hatten schon früh gewarnt, daß Faschismus, der als Krieg innerhalb eines Volkes gegen den politisch Andersdenkenden begann, im Krieg zwischen den Völkern enden werde. Obwohl in den 44 Jahren seit Kriegsende der Schrecken des Naziregimes in unzähligen Büchern und Filmen dokumentiert wurde, obwohl es den Nazis nicht gelungen ist, alle Beweise ihrer Untaten verschwinden zu lassen und obwohl jeder weiß, daß Hand in Hand mit den Kriegsereignissen die Vernichtungsmaschinerie anlief, gibt es noch imme Menschen, die an den historischen Tatsachen Zweifel hegen. Rosa Jochmann habe in ihrer Rede vor der Bundeshauptversammlung der Freiheitskämpfer im Jahr 1977 Lügenberichte, in denen die Existenz von Konzentrationslagern und Gaskammern angezweifelt wurden, angeprangert, sagte Löschnak.

FPÖ und Grenzlandjahrbuch

Wir alle mußten erst vor wenigen Tagen miterleben, daß ein Bundesrat der Freiheitlichen Partei, der als Nationalrat angelobt werden sollte, die Existenz von Gaskammern in manchen Konzentrationslagern neuerlich angezweifelt hat. Es ist ein gutes Zeichen für unsere Demokratie, daß sich daraufhin ein Sturm der Entrüstung erhoben hat und daß dieser Mann nun keinen Platz mehr hat in unseren gesetzgebenden Institutionen, sagte Genosse Löschnak weiter. Selbst der Obmann der FPÖ, der ansonsten wenig Berührungsängste zeigt, wenn es um Exponenten der äußersten Rechten geht, ich erinnere nur an sein Treffen mit den Herren Scrinzi und Burger, mußte sich von seinem Parteifreund lossagen. Ob es bloßer Zufall war, daß er das just zum gleichen Zeitpunkt tat, da seine Generalsekretärin zu einer Sitzung der liberalen Internationale fuhr, wo einige Parteien es lieber sähen, wenn die FPÖ, die sich noch immer nicht von dem unsäglichen Grenzlandjahrbuch distanziert hat, in dem die Zeit des Nationalsozialismus in rosigen Farben geschildert wird, nicht mehr vertreten wäre? Eine Distanzierung von der Klubobfrau im Kärntner Landtag, die zu den Mitautoren des Grenzlandjahrbuches gehört, steht noch immer aus.

Zu seiner eigenen Meinung zum Thema befragt, hat der FPÖ-Chef ja dann sehr ausweichend geantwortet, daß er keine Zeit hätte, sich so viel mit der Geschichte zu beschäftigen. Ich möchte ihm mit einem Wort des deutschen Bundespräsidenten darauf antworten: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren." Im Sinne der politischen Hygiene dürfte auch manchen Parteiobmännern ein bißchen Geschichtsunterricht nicht schaden.

Arbeitstagung in Velm: Genossin Erna Musik, Genosse Otto Skritek, Genosse Franz Löschnak. *(Foto: Gerti Much)*

Schon den Anfängen entgegentreten

„Der Ungeist von gestern und vorgestern lebt noch immer. Davon kann ich mich täglich in Briefen überzeugen, in denen – meist anonym – gegen Minderheiten, Fremde und Flüchtlinge hergezogen wird. Und er lebt nicht nur hierzulande", sagte der Innenminister.

Erst letztes Wochenende feierten die ausländerfeindlichen rechtsradikalen Republikaner in Deutschland bei Gemeinderatswahlen neuerliche Triumphe, nachdem ihnen schon bei früheren Wahlgängen und da besonders bei den Europawahlen bedenkliche Durchbrüche gelungen sind.

In Norwegen ist die neue bürgerliche Koalitionsregierung auf das Wohlwollen einer rechtsextremen Partei angewiesen.

Und in Frankreich erreicht die neofaschistische Bewegung Le Pens zweistellige Wahlergebnisse. Le Pens Partei hat auch einen Vertreter in das Europaparlament entsandt, der die frühere Präsidentin des Europaparlaments, Simone Veil, die selbst Auschwitz überlebt hat, wüst beschimpfte und in einem Interview gemeint hat, wenn Veil auf ihre KZ-Vergangenheit hinweise, müsse er sagen, daß sie überlebt habe. Die Parallele dieses Skandals mit den Aussagen des FPÖ-Bundesrats ist unübersehbar.

All diese Entwicklungen zeigen, wie wichtig es ist, wachsam zu bleiben und den Gefahren des Neofaschismus schon in ihren Anfängen entgegenzutreten. Umfassende Aufklärung vor allem der jungen Menschen und unnachsichtige Verfolgung neofaschistischer Tatbestände müssen sich dabei gegenseitig ergänzen.

„Ich möchte an dieser Stelle all jenen danken, die sich seit vielen Jahren um die Aufklärung bemühen und besonders die Arbeit der Zeitzeugen hervorheben, die in den Schulen der österreichischen Jugend ihre persönlichen Schicksale näherbringen, um so im direkten Kontakt das wahre Gesicht des Nationalsozialismus und Faschismus zu zeigen", sagte Löschnak.

Aufklärungsarbeit in Mauthausen

„Mein Ministerium leistet seinen Beitrag zu dieser Aufklärungsarbeit durch die Erhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, wo in einem

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Museum auf die Geschichte dieses Lagers, die Entstehung und Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, die Ausbeutung und Tötung der Lagerinsassen, den Widerstand und die Befreiung hingewiesen wird."

Eine wichtige Ergänzung hat die Aufklärungsarbeit durch den vom Bundesministerium für Inneres gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport produzierten und seit zwei Jahren in der Gedenkstätte Mauthausen, aber auch in den Schulen gezeigten Film „Rückkehr unerwünscht. Konzentrationslager Mauthausen" erfahren. Neben der hauptsächlich zum Einsatz gelangenden deutschen wird auch eine englische, eine französische sowie eine italienische Fassung vorgeführt.

In den letzten fünf Jahren haben mehr als eine Million Menschen, unter ihnen über 300.000 Schüler, in geführten Gruppen die Gedenkstätte in Mauthausen besucht.

15 Parteien seit 1980 verboten

Dem Innenministerium kommt im Zusammenhang mit neofaschistischen Aktivitäten aber nicht nur die Aufgabe der Aufklärung, sondern auch der Verfolgung zu. Wie Sie wissen, versuchen bestimmte Personen immer wieder Parteien anzumelden. Gibt es in den eingereichten Satzungen nur den geringsten Hinweis auf Wiederbetätigung, so werden diese Parteien nicht zugelassen. Es kommt aber immer wieder vor, daß von sattsam bekannten Personen Parteistatuten eingereicht werden, die völlig unverdächtig sind, und das Innenministerium nach dem Parteiengesetz diese Parteien zulassen muß, weil eine andere Entscheidung von den Höchstgerichten aufgehoben würde. Ich darf aber versichern, daß wir uns die Tätigkeiten dieser Parteien sehr genau anschauen und daß wir nicht zögern werden, diese Parteien zu verbieten, wenn sich nur der geringste Hinweis auf Wiederbetätigung ergibt. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir seit 1980 15 Parteien, Vereine und Organisationen verboten haben, betonte der Minister.

Justiz bei der Verfolgung eher lax

Im Sinne des Verfassungsgerichtshoferkenntnisses vom 1. 3. 1983 besitzen nach Ansicht des Bundesministeriums für Inneres folgende weitere Organisationen bzw. Personengruppen, deren Satzung beim Bundesministerium für Inneres hinterlegt worden ist, keine Rechtspersönlichkeit:

1. Nationaldemokratische Partei (NDP)
2. Aktion Neue Rechte (ANR)
3. Liste gegen Ausländer (nennt sich nun „HALT"-BEWEGUNG)
4. Volksbewegung
5. Nationalistischer Bund Nordland (NBN)
6. Wahlpartei der Unabhängigen/Die Grüne Union
7. GRÜNE BEWEGUNG
8. NATIONALE FRONT
9. Volkstreue Grüne Bewegung (VGB)

Daß die Exekutive auch bei der Verfolgung jener Straftaten, die unter den Begriff nationalsozialistische Wiederbetätigung fallen, durchaus nicht säumig ist, zeigen die Zahlen der Anzeigen.

1986 gab es 173 einschlägige Anzeigen, von denen 18 zu Verurteilungen führten, 44 Verfahren wurden eingestellt, der Rest ist noch anhängig beziehungsweise der Ausgang des Verfahrens unbekannt.

1987 gab es 269 Anzeigen, 23 Verurteilungen, 129 Einstellungen und 117 Verfahren sind noch anhängig.

1988 wurden 324 Personen angezeigt, von denen 25 verurteilt wurden. 107 Verfahren wurden eingestellt, 192 sind noch anhängig.

Heuer gab es in den ersten sechs Monaten 93 Anzeigen, 14 Verurteilungen und 18 Verfahren wurden eingestellt. Anhängig sind noch 61 Verfahren.

Aus diesen Zahlen ersieht man, daß die Exekutive zwar eine Reihe von Anzeigen macht, die Justiz bei der Verfolgung aber eher lax vorgeht, sagte Innenminister Dr. Löschnak abschließend.

Aus der Diskussion

An das Referat des Innenministers schloß sich eine Diskussion, an der sich 15 Genossinnen und Genossen beteiligten. Genosse Löschnak ging in seinem Schlußwort auf die wichtigsten Fragen ein, die in der Diskussion aufgeworfen worden waren. In der Frage des Eintrittsgeldes, das noch immer für den Besuch der Gedenkstätte Mauthausen verlangt wird, sei es nicht einfach, die verschiedenen Meinungen, die es hierüber selbst innerhalb der Opferverbände gibt, auf einen Nenner zu bringen, meinte der Minister. Es gehe hier um Einnahmen in der Höhe von 800.000 Schilling, die zur Erhaltung der Gedenkstätte verwendet werden und auf die niemand verzichten wolle. Er werde jedenfalls versuchen, mit dem Finanzminister zu einer Lösung zu kommen, versicherte Löschnak. Die Frage, wer Soldaten des Bundesheeres durch Mauthausen führt, werde er prüfen.

Bei der Handhabung des Verbotsgesetzes sei der wirkliche Ansatzpunkt nicht die Exekutive, sondern die Justiz, sagte Genosse Löschnak. Es werde sich hier solange nichts wirklich ändern, solange die Einstellung des Justizministers so bleibt wie sie ist. Den in der Diskussion geäußerten Vorschlag, die Statuten von neuen Parteien zu veröffentlichen, um feststellen zu können, ob es sich um Organisationen mit neofaschistischer Zielsetzung handelt, bezeichnete der Innenminister als interessant.

Zum Flüchtlingsproblem meinte Minister Löschnak, hier fehle es Österreich an einer klaren Perspektive. Österreich war, ist und bleibt Asylland, doch brauche man klare Vorstellungen, wie viele Menschen wir integrieren wollen und können und was wir nicht tun können. Solange wir diese klaren Vorstellungen nicht haben, können wir niemand eine klare Perspektive geben, meinte Genosse Löschnak.

(Fortsetzung von Seite 2)

kommt. Ende 1989 werde der Neudruck erhältlich sein.

Genosse Franz Zechner meinte in der Diskussion, daß die Einkommensgrenze für die Rezeptgebührenbefreiung hinaufgesetzt werden sollte.

Grüße an Rosa Jochmann

Die Herbsttagung 1989 war von Genossin Erna Musik eröffnet worden. Sie entschuldigte unsere Genossin Rosa Jochmann. Wir alle bedauern, daß unsere „Rosl" nicht bei uns sein kann und hoffen, sie das nächste Mal wieder in unserer Mitte begrüßen zu dürfen, sagte Genossin Musik unter dem Beifall der Anwesenden.

Der Verwalter des Bildungszentrums Velm hielt eine Begrüßungsansprache, in der er auch über das „Haus Velm" einige interessante Informationen gab.

DÖW-Postkarten

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hat eine Serie von Bildern (Postkarten) von hingerichteten bzw. ermordeten österreichischen Widerstandskämpfer(inne)n und Opfern des Nationalsozialismus aufgelegt. Es sind 20 Personen, die repräsentativ für die verschiedenen Gruppen des Widerstandes und der Verfolgung sind. Eine Karte kostet S 5,–; bei Abnahme von mehr als zehn Stück 25% Rabatt. Die Karten können sowohl als Serie als auch einzeln bestellt werden. (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8.)

„Auf Koloman Wallischs Spuren"

Im Rahmen einer historischen Wanderung „Auf Koloman Wallischs Spuren" wurde am 7. Oktober 1989 auf dem Naturfreunde-Schutzhaus Hochanger in der Obersteiermark eine Gedenktafel der SPÖ-Bezirksorganisation Bruck an der Mur für Koloman Wallisch enthüllt.

Die von dem Leobner SPÖ-Bezirkssekretär Kurt Wallner organisierte Wanderung führte über die Route, die Wallisch im Februar 1934 gemeinsam mit 400 Getreuen auf der Flucht vor Militär und Heimwehr ging. Der Leobner Historiker Dr. Robert Hinteregger sorgte bei dieser vom Wetter nicht gerade begünstigten Wanderung für die nötigen geschichtlichen Informationen der rund 200 Teilnehmer. So wurde auch das Waldstück „Bei den drei Pfarren" aufgesucht, wo Koloman Wallisch am 14. Februar 1934 seine Abschiedsrede vor den Schutzbündlern gehalten hatte. Otto Linhart berichtete über dieses Ereignis: „Und so standen wir da. Trotzig, stoppelbärtig, übernächtig, das Gewehr in der Hand, die Munitionsgurten umgehängt. Welch tiefe Verantwortung sprach aus den Worten unseres Wallisch. Der Kampf sei verloren. Nun ginge es um unser Leben. Wir sollten versuchen, einzeln nach Hause zu kommen, dann würde uns nicht viel passieren. Die Schergen wollten ja in erster Linie ihn. Uns würde man nicht so leicht etwas nachweisen können. Wallisch beschwor uns noch, der Partei die Treue zu halten und weiterhin im Sinne unserer Idee zu wirken. Da sah man viele Männer, die sich verstohlen die Tränen aus ihren Bartstoppeln wischten. Der größere Teil der Männer entledigte sich der Gewehre, nahm Abschied vom Genossen Wallisch, um auf heimlichen Wegen nach Hause zu kommen." Wenige Stunden nach dieser Abschiedsszene kam es bei den „Drei Pfarren" zum letzten Kampf.

Auf dem 1282 Meter hoch gelegenen Hochanger-Schutzhaus der Naturfreunde fand die historische Wanderung mit der Enthüllung der von Prof. Alexander Diepold geschaffenen Metallgrafik (siehe Abbildung) zur Erinnerung an Koloman Wallisch ihren Höhepunkt.

Wallisch-Briefmarke in Ungarn

Die ungarische Post brachte heuer eine Briefmarke mit dem Porträt von Koloman Wallisch heraus. Koloman Wallisch wurde am 28. Februar 1889 in Temes im Bezirk Lugos geboren, 1914 wurde er Vorstandsmitglied des Bundes der Bauarbeiter Ungarns und 1918 Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in Szeged. 1920 wurde Wallisch dann Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs in Fürstenfeld, im Februar 1921 wurde er Bezirksparteisekretär in Bruck an der Mur, 1924 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, 1930 Abgeordneter zum Nationalrat. Im November 1933 wurde Wallisch Landesparteisekretär der Steiermark. Am 12. Februar 1934 war er der politische Leiter des Kampfes des Republikanischen Schutzbundes in Bruck an der Mur. Am 19. Februar 1934 wurde Koloman Wallisch auf Grund des Urteils des Standgerichtes von Leoben unter Außerachtlassung seiner parlamentarischen Immunität in Leoben standrechtlich hingerichtet. An seinem 100. Geburtstag wurde am Parlamentsgebäude in Wien neben dem Eingang zum SPÖ-Klub eine Gedenktafel für Koloman Wallisch enthüllt (siehe „Kämpfer" 3/4 – 1989).

45 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz

Gedenkveranstaltung anläßlich des 45. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz.

Ort: Festsaal des Alten Rathauses, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, 2. Stock.

Zeit: Donnerstag, 25. Jänner 1990, 19 Uhr.

Gedenktafel für Hermann Lackner

Zur Erinnerung an unseren Genossen Hermann Lackner wurde an dem Wohnhaus in Bruck an der Mur in der Gartengasse 8–10, in dem er bis zu seinem Tod gewohnt hat, vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer eine Gedenktafel enthüllt. Sie erinnert daran, daß Hermann Lackner (1899–1984) Mitbegründer der Brucker Wohnbau- und Siedlungsvereinigung reg. gem. Gen. m.b.H. war. In den Jahren 1934 bis 1945 war Genosse Lackner wegen seiner demokratischen Gesinnung in politischer Haft, von 1945 bis 1949 wirkte er als Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, in den Jahren von 1949 bis 1963 war er Abgeordneter zum Nationalrat.

Österreich-Komitee KZ Dachau im April 1945: erste Reihe, erster von links: Hermann Lackner.

Gaskammerleugner in Wien

Gedanken um eine neuerliche Provokation David Irvings

„Ich bleibe dabei: Es gab in Auschwitz keine Gaskammern. Alle Zeugenaussagen, die dieses behaupten, sind Fälle für die Psychiatrie. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen." Diese unglaublichen Antworten, im klaren Widerspruch zum NS-Verbotsgesetz, zum österreichischen Staatsvertrag und zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 27. September 1978, gab der sattsam bekannte David Irving der „Neuen AZ" auf ihre Fragen.

Kein Unbekannter

Er ist kein Unbekannter, dieser Herr aus England, in der österreichischen rechtsextremen Szene. Erinnert sei etwa an sein Auftreten mit Dr. Otto Roßkopf 1984, seines Zeichens Vorsitzender des „Komitees zur Wahl eines nationalen Deutsch-Österreichers" zur Unterstützung Norbert Burgers oder an seinen Beitrag als „Zeuge Nr. 15" in dem neonazistischen Pamphlet von Gerd Honsik „Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer."

Nochmals: er ist für die österreichische Exekutive und für die Justiz kein Unbekannter. Dennoch war es möglich, daß der ehemalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Dr. Otto Scrinzi und einschlägig bekannte Rechtsextremisten in unserem Land Irving für eine Reihe von Vorträgen einladen konnten. In dem in unserer Spalte „Neues von rechts" schon mehrfach angeprangerten rechtsextremen Blatt aus Vorarlberg „Sieg. AJ-Presse-Dienst" oder in dem Organ des ehemaligen Wiener Landessprechers der NDP und Gründers der „Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde", Dr. Herbert Fritz, wurden die Vorträge Irvings angekündigt und Kontaktpersonen und Organisationen genannt, an die man sich für weitere Informationen wenden konnte. Da wird der Freiheitliche Akademikerverband genannt, der Oberst Georg Schramayer oder Gertraud Orlich aus Vorarlberg, um nur ein paar Namen hier anzuführen.

Auch sie sind keine Unbekannten. So meinte zum Beispiel Frau Orlich bereits 1980 öffentlich in einer Sendung des ORF: „Ja, also Mischehen sind nicht nur für das deutsche Volkstum etwas Schlechtes, sondern für jedes Volk, ich meine, wenn sich Türken und Deutsche mischen, ist das sowohl für die Türken schlecht wie auch für die Deutschen."

Aber zurück zu Irving. Die Vortragsreise sollte am 4. November in Klagenfurt beginnen, über Leoben, Graz, Wien, Waizenkirchen, Salzburg und Innsbruck gehen und am 10. November in Bregenz beendet werden. Gegen diese geplante unglaubliche Provokation regte sich antifaschistischer Widerstand. Genosse Dr. Edgar Schranz meinte etwa über diese „zeitgeschichtliche Vortragsreise": „Die ständigen Provokationen von Rechtsextremen, die bezeichnenderweise von ehemaligen FPÖ-Spitzenleuten à la Scrinzi unterstützt werden, dürften in einer Demokratie nicht zugelassen werden." In einem Aufruf des Klagenfurter Personenkomitees, dem neben anderen Organisationen auch die Sozialistischen Freiheitskämpfer angehörten, zur Mahnwache gegen den Irving-Auftritt in ihrer Stadt finden wir den Satz: „Wer Hitlers Kriegsziele legitimiert und die Naziverbrechen leugnet, will den Boden für einen neuen Faschismus bereiten."

In Klagenfurt und in Graz konnten die Vorträge Irvings durch Antifaschisten verhindert werden. Denn eine wahre Protestflut zogen diese rechtsextremen Provokationen auch in der Steiermark nach sich. Zwölf Organisationen riefen zu Protestkundgebungen bei den geplanten Veranstaltungsorten auf. Nur in Leoben gelang es dem britischen „Historiker" zu reden.

Und dann kam Wien

Und dann kam Wien. Auch in der Bundeshauptstadt versuchte Irving zunächst im Parkhotel Schönbrunn, dann im Hotel Sittler in der Linzer Straße, seine Provokationsserie fortzusetzen. Antifaschistische Demonstrationen, unter ihnen wieder die Sozialistischen Freiheitskämpfer, auch hier. Neben dem Präsidenten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde, Paul Grosz, sprach unser Genosse Leopold Brünnler über die Naziverbrechen als ehemaliger Häftling im KZ Buchenwald. Obwohl die Staatspolizei zunächst die beiden Veranstaltungen Irvings in Wien auflöste, gelang es ihm später, in einem Vorstadt-Beisl, zu reden. „Der im Türrahmen steht", heißt es darüber in der „Neuen AZ", „winkt die Gruppe zu sich.„Kommt's herein, aber nur tröpferlweise." Keine Fotografen. Dem „Neue-AZ"-Fotoredakteur gelang es trotzdem. Wir nehmen in einem holzgetäfelten, mittelgroßen Saal Platz. Der Raum füllt sich. Die Nazi-Prominenz setzt sich an das provisorische Podium. NDP-Chef Norbert Burger neben Irving. Die illegale Veranstaltung beginnt."

Fragen über Fragen

Am nächsten Tag gibt es Fragen über Fragen. Hat die Wiener Staatspolizei die Rechtsextremisten und Irving aus den Augen verloren, oder duldeten einzelne Beamte gar die Abhaltung dieses illegalen Treffens? Warum wurde das Justizministerium nicht von sich aus tätig, sondern schaltete erst einen Tag später, nach einer Anzeige des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, die Staatsanwaltschaft ein?

Der drohenden Verhaftung konnte sich Irving durch eine Ausreise nach Bayern entziehen. Neuerliche Fragen. So meinte ein Justizsprecher dazu: „Es wird nun zu klären sein, weshalb Irving nicht verhaftet worden ist. Zeitlich wäre es sich ausgegangen. Wir vermuten, daß der Mann gewarnt worden ist." In Freilassing und in Lindau gelang es Irving und seinen rechtsextremen Kumpanen, Ersatzveranstaltungen durchzuführen.

„Irving sagt Ungeheuerliches"

Während Jörg Haider das Auftrittsverbot des Innenministeriums für den Briten für eine „Ungeschicklichkeit" ansieht, der Jungfreiheitliche und RFJ-Chef Scheibner die Absage an Irving als „demokratiepolitisch bedenklich" einstuft und die Herausgeberin des „Grenzlandjahrbuchs", Kriemhild Trattnig, ein Verbot der Vortragsreise Irvings als „undemokratisch" bezeichnet – offensichtlich kennen sie die einschlägigen österreichischen Verfassungsbestimmungen nicht –, muß es ein Anliegen aller Antifaschisten sein, eine rasche und lückenlose Aufklärung der ungereimten Vorgänge um Irving und seiner Leugnung der Naziverbrechen zu verlangen. „Denn Irving schreibt und sagt Ungeheuerliches", meint dazu Universitätsprofessor Anton Pelinka. „Daß es auf fruchtbaren Boden fällt, weist auf den Zustand der Gesellschaft. Hier ist einzuhaken. Denn letztendlich ist nicht Irving das Problem, sondern das sind die Rahmenbedingungen, die seine Bücher zu Bestsellern machen. Es ist und bleibt ehrenwert, bis auf weiteres, politisch erforderlich, sich gegen die Provokationen eines David Irving nötigenfalls auch mit den Mitteln polizeilichen Verbots zu wehren."

Neue Provokation im März 1990

Im März 1990 gibt es eine Neuauflage dieser Provokation, nicht in Österreich, sondern in Passau, wo David Irving gemeinsam mit Otto Scrinzi bei einer Veranstaltung der „Deutschen Volksunion" auftreten will . . .

(Siehe auch Kasten auf Seite 7.)

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:
Herbert Exenberger, Ernst Frühauf, Josef Hindels, Leo Lesjak, Otto Skritek, Hans Waschek.

Beim Erinnern nicht stehenbleiben

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky eröffnete am 9. November 1989 in der Volkshochschule Wien-Hietzing eine Ausstellung mit dem Titel „Und keiner hat davon gewußt". Wie der Bundeskanzler betonte, zeige die Ausstellung, daß das Engagement, mit dem das Ge- und Bedenkjahr 1988 begonnen wurde, nun fortgesetzt werde und damit Gelegenheit biete, sich einer ehrlichen Konfrontation mit einem Teil der Geschichte zu stellen. „Wir dürfen bei einem Erinnern an die Ereignisse nicht stehenbleiben", betonte Vranitzky.

„Wir müssen vielmehr mit unserem Verhalten, mit Worten und Taten eine Wiederholung bekämpfen." Obwohl heute eine Periode des Friedens bestehe, dürfe man nicht die vorhandenen innergesellschaftlichen Konflikte übersehen. Die Form der Bewältigung hänge auch vom Umgangston innerhalb der Politik wie auch von einem demokratischen Grundverständnis ab, betonte Vranitzky. Die Ereignisse der Vergangenheit müssen zur Mahnung für die Gegenwart werden.

Vranitzky meinte abschließend, daß Toleranz und Weltoffenheit Basis für ein „Niemals wieder" sein müssen.

(Foto: Haslinger)

Die Ausstellung ist noch bis 20. Dezember 1989 zu sehen.

Wien

Gedenkfahrt. Am 4. und 5. November 1989 führte die Bezirksgruppe Döbling eine Gedenkfahrt in das ehemalige Konzentrationslager Dachau durch. Am Samstag, dem 4. 11. 1989, ging die Fahrt zuerst mit dem Autobus nach München. Dort hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, die bayrische Landeshauptstadt zu besichtigen. Sonntag vormittag erfolgte sodann die Fahrt in das ehemalige Konzentrationslager Dachau. Die Teilnehmer wurden im Lager durch einen ehemaligen deutschen Dachauhäftling begrüßt. Anschließend erfolgte eine Besichtigung des Lagers und des Gedenkmuseums. Die Besichtigung des Lagers und des Museums machte auf die Teilnehmer einen tiefen Eindruck. Nach einem Schweigemarsch wurde am Mahnmal ein Kranz niedergelegt.

An dieser Fahrt nahmen auch Genossinnen und Genossen der Bezirksgruppe Penzing und der Sozialistischen Jugend Penzing teil. Die ebenfalls an der Fahrt teilnehmenden ehemaligen Dachauhäftlinge, die Genossen Friedrich Billwein und Leopold Freiberger, konnten uns wertvolle Hinweise über das Leben im Lager geben. Beeindrukkend war auch, daß an diesem Novembervormittag etwa 250 weitere Einzelpersonen das Lager besuchten.

Protest gegen Irving-Veranstaltung in Wien

Nach dem Bericht unseres Genossen Brünnler, der an der Demonstration gegen David Irving in Wien teilnahm, haben wir uns sofort an den Innenminister Dr. Franz Löschnak mit dem nachstehenden Protest gewendet:

„Für uns ist es schwer verständlich, wieso die Staatspolizei, die zuerst richtigerweise eingeschritten ist, dann doch die Versammlung im dritten Lokal nicht verhindert hat, so daß Irving seinen skandalösen Vortrag doch halten konnte. Die Aussendung darüber wird Dir sicher bekannt sein. Die Stelle, in der Irving behauptet, daß die vorsätzliche Ermordung von Juden historischer Blödsinn sei und sogar Adolf Hitler die Hand schützend über die Juden gehalten hätte, ist empörend."

Die Antwort des Ministers

Von Innenminister Dr. Franz Löschnak erhielten wir dazu folgende Stellungnahme: „Wie Dir bekannt ist, habe ich Auftrag gegeben, daß die provokanten Auftritte des David Irving unterbunden werden. Ich habe auch die Wiener Exekutive beauftragt, zu untersuchen, warum es nach zweimaliger Auflösung von Irving-Veranstaltungen an einem dritten Ort doch noch zu der verbotenen Veranstaltung kommen konnte. Weiters möchte ich darauf hinweisen, daß der Haftbefehl gegen Irving nicht zuletzt auf Drängen des Innenministeriums zustandegekommen ist. Und ich werde auch weiter dafür sorgen, daß Irving für seine empörenden Darstellungen in Österreich keine Möglichkeit mehr bekommt."

Mauthausen-Stein

In einer Zeit, in der die Existenz von Gaskammern und KZ geleugnet wird, müsse man die Erinnerung wachhalten, sagte Innenminister Löschnak bei der Übergabe eines Mauthausen-Steins an das in Washington entstehende Holocaust-Memorial.

Man müsse auch neue Gefahren aufzeigen, damit sich die Ereignisse nicht noch einmal wiederholen können, betonte der Minister.

Frohes
Fest und ein gutes
Neues Jahr

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010
P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Otto Skritek — 80

Genosse Otto Skritek feiert am 16. Dezember seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlaß gehen ihm zahlreiche Glückwünsche zu, denen sich die Redaktion des „Kämpfers" aufrichtig anschließt.

Otto Skritek wurde am 16. Dezember 1909 in Znaim geboren. Er besuchte die Volks-, Bürger- und die kaufmännische Fortbildungsschule. Von Jugend an ist er der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung verbunden. Als Speditionslehrling trat er 1923 der Jugendabteilung des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten bei, 1928 wurde er Obmann der Jugendabteilung. Ab 1931 arbeitete er als Angestellter in der Jugendabteilung des Zentralvereins. Nach dem Februar 1934 war Genosse Skritek illegal bei den Revolutionären Sozialisten und in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Er unterbrach diese illegale Arbeit auch nicht nach dem Einmarsch der Nazis 1938 und mußte bittere Jahre im Konzentrationslager Dachau, später in einem Strafbataillon der Deutschen Wehrmacht, verbringen. Ab 1. November 1945 war Genosse Skritek wieder gewerkschaftlich und politisch tätig. 1954 wurde er zum Leitenden Sekretär der Sektion Handel in der Gewerkschaft der Privatangestellten bestellt und erzielte in dieser Funktion zahlreiche Erfolge für die arbeitenden Menschen, so auf dem Gebiet des Ladenschlusses und der Urlaubsbeihilfe. Von 1949 an gehörte Skritek dem Bundesrat und dann dem Nationalrat als Abgeordneter an. Weiters war er als Vizepräsident der Wiener Arbeiterkammer und als Fraktionsvorsitzender des Österreichischen Arbeiterkammertages tätig. Seine Verdienste um die arbeitenden Menschen wurden unter anderem mit der Johann-Böhm-Plakette gewürdigt.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer ist glücklich, daß Genosse Otto Skritek seine reichen Erfahrungen als Wiener Obmann und stellvertretender Bundesobmann unserem Bund zur Verfügung stellt. Wir wünschen ihm Gesundheit und Tatkraft und verbinden damit unseren Dank für die von ihm bisher geleistete Arbeit. Freundschaft, Genosse Skritek.

Wien: Illedits- und Adelpoller-Hof

Vizebürgermeister Hans Mayr nahm am 7. November 1989 die Benennung von zwei Wohnhausanlagen der Stadt Wien im 3. Bezirk vor. Die Anlage in der Kärchergasse 3–13 trägt nun den Namen „Josef-Illedits-Hof", die Anlage in der Gestettengasse 12–18 den Namen „Franz-Adelpoller-Hof".

Josef Illedits wurde am 13. Februar 1903 geboren, er betätigte sich schon sehr früh für die sozialdemokratische Partei. Als überzeugter Sozialist war er in den Jahren 1934 bis 1945 vielen Repressionen ausgesetzt. Von 1945 bis 1967 war er Bezirksrat im 3. Bezirk. Daneben erwarb er sich große Verdienste um den „Freien Wirtschaftsverband". Illedits verstarb am 23. April 1983.

Franz Adelpoller wurde am 4. Dezember 1898 geboren, nach dem Ersten Weltkrieg wurde er Lokomotivführer und arbeitete politisch in der Eisenbahnergewerkschaft. In den Jahren nach 1934 wurde er politisch verfolgt, als illegales Mitglied der „Revolutionären Sozialisten" half er vielen politisch Verfolgten bei ihrer Flucht in das Ausland. Ab 1945 war er Abgeordneter im Wiener Landtag und Gemeinderat, von 1960 bis 1964 Obmann der SP-Bezirksorganisation Wien-Landstraße. Adelpoller verstarb am 12. August 1980.

„Naziherrschaft und was uns blieb!"

Vom 26. Oktober bis 10. November 1989 war in Oberwart im Burgenland eine Ausstellung zum Thema „Naziherrschaft und was uns blieb!" zu sehen, die vom „Unabhängigen Antifaschistischen Personenkomitee Burgenland" unter Mitarbeit der Sozialistischen Freiheitskämpfer organisiert wurde. Zur Ausstellung wurde auch eine Broschüre mit dem Titel des Ausstellungsthemas herausgebracht, die sich mit der Judenverfolgung, der Zigeunerverfolgung und mit dem Widerstand im Bezirk Oberwart befaßt und ein wichtiges zeitgeschichtliches Dokument darstellt.

Die Ausstellung rief ein positives Echo hervor. Auch einige Schulklassen konnten begrüßt werden.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 31. Jänner 1990.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.